

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE 6. AUSLAENDERINITIATIVE

Presseausschuss - Postfach 1161 - 3001 Bern - Tel. 031/44 58 94

An die Redaktionen der
Deutschschweizer und räto-
romanischen Medien

Bern, 11. Oktober 1988

Sehr geehrte Damen und Herren

Die 6. Ausländerinitiative wird von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen abgelehnt: Am Dienstag dieser Woche haben sowohl der Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen als auch der Christlichnationale Gewerkschaftsbund (CNG) das Volksbegehren der Nationalen Aktion "für die Begrenzung der Einwanderung" zur Verwerfung empfohlen.

Die vier Beiträge der dritten Ausgabe unseres Pressedienstes begründen diese ablehnende Haltung. Als eine Beleidigung für die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bezeichnet Nationalrat Otto Hess (SVP/TG) die neue Auflage der Ausländerinitiative; als "langweilig, bemüht und unglaubwürdig" wird sie von Ernst Tschanz, dem Sekretär des Schweizerischen Gewerbeverbandes, empfunden. SVP-Presseschef Jens Lundsgaard-Hansen und Matthias Stadelmann machen mit ihren Beiträgen auf die schwerwiegenden Folgen der NA-Initiative aufmerksam, deren Annahme die Schweiz unter anderem auch ins europäische Offside drängen würde.

Wir machen Sie bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, dass die Pressekonferenz unseres Aktionskomitees am 11. November in Bern stattfinden wird. Unser Pressedienst erscheint mit dieser Ausgabe in wöchentlichen Abständen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss



Hanspeter Merz

Beilagen erwähnt

NA kümmert sich nicht um Meinung des Souveräns

Von SVP-Nationalrat Otto Hess / TG

Seit bald einem Vierteljahrhundert rennen Ausländergegner in der Schweiz mit immer wieder neuen Volksinitiativen gegen die hierzulande als Grenzgänger, Saisonniers oder Arbeitnehmer mit Aufenthaltsbewilligung mitarbeitenden ausländischen Arbeitskräfte an. "Ueberfremdung" wollen sie bekämpfen, doch gefolgt ist den Ueberfremdungsgegnern noch nie eine Mehrheit der Stimmbürger. Die Geschichte der Anti-Ausländer-Vorstösse spricht für sich:

- + Am 30. Juni 1965 reichte die frühere Demokratische Partei des Kantons Zürich erstmals ein Volksbegehren gegen die Ueberfremdung ein und verlangte, dass die ausländische Wohnbevölkerung insgesamt nicht mehr als einen Zehntel der Gesamtbevölkerung betragen dürfe. Am 16. März 1968 wurde die Initiative ersatzlos zurückgezogen.
- + Am 20. Mai 1969 legte die damals noch "Nationale Aktion gegen die Ueberfremdung von Volk und Heimat" genannte NA eine Initiative vor, die zehn Prozent des Bestandes der schweizerischen Staatsbürger als Höchstgrenze für den Ausländerbestand forderte. Am 7. Juni 1970 sagten 54 Prozent der Stimmenden Nein dazu.
- + Am 3. November 1972 reichte die NA erneut ein Volksbegehren ein. Diesmal sollte die Gesamtzahl der Ausländer - unter Ausklammerung des Spitalpersonals und der Diplomaten - auf 500'000 Personen vermindert und die Einbürgerungen auf 4000 pro Jahr beschränkt werden. Saisonniers wollte die NA noch 150'000, Grenzgänger höchstens 70'000 zulassen. Dieses Begehren fiel am 20. Oktober 1974 bei 66 Prozent der Stimmenden durch.
- + Am 12. März 1974 präsentierte die Schweizerische Republikanische Bewegung ein Volksbegehren "zum Schutze der Schweiz" mit der Forderung, der Bestand der ausländischen Wohnbevölkerung sei innerhalb von zehn Jahren auf 12,5 Prozent der Schweizer abzubauen. Davon wollten am 13. März 1977 genau 71 Prozent der Stimmenden nichts wissen.
- + Am 15. März 1974 reichte die NA ihre Initiative "zur Beschränkung der Einbürgerungen" ein. Diesmal verknüpfte sie ihr Anliegen mit der Höchstzahl der Gesamtbevölkerung, die bei 5,5 Millionen so gross sei, dass jährlich höchstens 4000 Ausländer eingebürgert werden dürften, und ausserdem mit der nicht ausreichenden Lebensmittelproduktion auf landeseigenem Boden. Am 13. März 1977 verwarfen 66 Prozent der Stimmenden dieses Begehren.

Der neueste NA-Wurf, der inhaltlich eine reine Wiederholung früher schon abgewiesener Ideen ist, nennt sich "Initiative für die Begrenzung der Einwanderung" und will verfassungsrechtlich vorschreiben: "Die Anzahl der jährlich zum Daueraufenthalt einreisenden Ausländer und die Anzahl der jährlichen Umwandlungen zeitlich befristeter Aufenthaltsbewilligungen in Bewilligungen zum Daueraufenthalt dürfen zusammen die Anzahl der im Vorjahr ausgewanderten Ausländer mit Daueraufenthaltsbewilligungen nicht übersteigen. (...) Die Anzahl der jährlichen Saisonarbeitsbewilligungen darf 100'000 nicht übersteigen. Die Anzahl der Grenzgänger darf 90'000 nicht übersteigen."

Die alte Masche also, das alte Lied, der bis zum Ueberdruss bekannte Text der politisch längst zur Belanglosigkeit gewordenen letzten Anti-Ueberfremdungspolitiker, die für einen Sachverhalt von eminent staatspolitischer Bedeutung mit grössten volkswirtschaftlichen Auswirkungen die Lösung noch immer mit dem Zählrahmen suchen. Das ist phantasielos, zermürend und für die Mehrheit der Stimmbürger vor allem auch beleidigend. Wer seine Mitbürger immer wieder zur Urne ruft und deren Entscheidung einfach nicht zur Kenntnis nimmt, der setzt sich dem Verdacht aus, hier werde mit Volksrechten Schindluder getrieben. Darauf gehört eine klare Antwort, nämlich ein überzeugtes Nein am 4. Dezember.

Langweilig, bemüht und unglaubwürdig

Wenn einer politischen Gruppe über mehr als 20 Jahre hinweg gar nichts Neues in den Sinn kommt - 1965 wurde die erste von sechs (!) Ausländer-Initiativen eingereicht - dann ist das für die Mitläufer dieser Gruppe zweifellos langweilig, für das ganze übrige Stimmvolk aber bemüht. Wie oft soll das Volk denn noch an die Urne gejagt werden, bis man merkt, dass es von dieser Sache nichts wissen will?

Die Initiative der Nationalen Aktion "Für die Begrenzung der Einwanderung" verlangt mit einem endlosen und umständlichen Satz, dass jedes Jahr nur soviel Ausländer in die Schweiz kommen dürfen, wie im Vorjahr ausgereist sind. Das ist eine starre Regelung, die in der Praxis gar nicht durchführbar wäre. Doch dann gibt es in der Initiative noch die Uebergangsbestimmungen, in denen es heisst, dass 15 Jahre lang die Zahl der Einwanderer höchstens zwei Drittel der ausländischen Auswanderer des Vorjahres betragen darf, solange die Wohnbevölkerung der Schweiz 6,2 Millionen überschreitet. Das ist nicht nur starr, sondern schon stur!

Angriff auf die Grenzgänger

Der kapitale Unsinn dieser Initiative zeigt sich klar im Absatz 4, wo es heisst, die Anzahl der Grenzgänger dürfe 90'000 nicht übersteigen. Ist jetzt neuerdings sogar der in seinem eigenen Land wohnende Ausländer "ein Böser"? Nur weil er in den Randregionen unseres Landes am Morgen über die Grenze kommt, um in der Schweiz zu arbeiten und am Feierabend wieder nach Hause zu gehen. Die Grenzgänger stören wohl kaum jemanden. Sonst könnte sich ja auch ein Stadtzürcher über die Pendler aus Winterthur oder ein Stadtberner über jene aus Thun ärgern. Aergern kann man sich überhaupt immer, wenn man will. Sogar über harmlose Grenzgänger, die mithelfen, unsere Arbeit zu erledigen.

Inzwischen sollte es jedem Primarschüler klar sein: Baugewerbe und Gastgewerbe sind auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Was haben denn die Initianten gegen diese wichtigen Wirtschaftszweige? Sie sollten wenigstens konsequent sein und weder baugewerbliche noch gastgewerbliche

NA KOMMT EINMAL MEHR MIT DEM HOLZHAMMER

Die Nationale Aktion für Volk und Heimat hält einen Negativ-Rekord: sie bemüht Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 4. Dezember mit ihrer Volksinitiative "für die Begrenzung der Einwanderung" an die Urne, um über die sechste Ueberfremdungsinitiative abzustimmen. Einmal mehr zückt die NA in ihrer heimtückischen Initiative den Holzhammer, um die Zahl der fremden Wohnbevölkerung in der Schweiz drastisch zu reduzieren. Der Volksinitiative, deren Annahme gravierende Folgen für die betroffenen Ausländer, aber auch für Wirtschaft, Gewerbe und Landwirtschaft hätte, ist eine deutliche Abfuhr zu erteilen.

Irreführender Titel

Die Volksinitiative der notorischen Fremdenhasser aus den Reihen der NA segelt unter dem einigermaßen harmlosen Titel "für die Begrenzung der Einwanderung". Doch angestrebt wird im Klartext nicht eine Begrenzung der Einwanderung oder eine Stabilisierung auf heutigem Niveau, sondern eine drastische Reduktion der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz. Erfasst vom Rechenschieber der NA wird dabei alles – und dies ist heimtückisch –, was der NA "fremd" erscheint: Gastarbeiter in der ersten oder zweiten Generation, Saisonniers, Grenzgänger oder Flüchtlinge. Insgesamt wird durch die im Initiativtext enthaltenen Uebergangsbestimmungen – sie sind der politische Kern des Begehrens! – innert 15 Jahren eine Reduktion der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz um rund 300'000 Personen angestrebt.

Gravierende Auswirkungen auf öffentliche Betriebe. Privatwirtschaft...

Eines gilt es ganz klar festzuhalten: von der Volksinitiative der NA wären vor allem Italiener, Spanier und Portugiesen, Jugoslawen, Franzosen und Deutsche betroffen, jene Staatsangehörige also, die den Hauptharst der in der Schweiz lebenden und arbeitenden Ausländer ausmachen. Zur Lösung des Flüchtlingsproblems trägt die NA-Initiative rein gar nichts bei.

Eine Annahme der Initiative würde allerdings schwerste wirtschaftliche Probleme verursachen. Denn die angestrebte Reduktion der ausländischen Wohnbevölkerung würde der Schweiz 100'000de von Arbeitskräften entziehen, die sich in keiner Art und Weise ersetzen lassen. Zahlreiche Industriebetriebe, ja ganze Wirtschaftszweige würden vor

Leistungen für sich in Anspruch nehmen. Und weil die Initianten das ebenso wenig können wie wir, ist ihre Initiative unglaubwürdig. Sie verdient am 4. Dezember eine gehörige Abfuhr.

Ernst Tschanz

unlösbare Probleme gestellt. Es ist nicht auszudenken, wie zum Beispiel das Funktionieren unserer Spitäler aufrechterhalten werden sollte, oder wie ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter in unserer Industrieproduktion ersetzt werden sollten. Es ist kaum zu glauben, wie wenig die NA sich in menschlicher wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht darum kümmert, dass Ausländer unser Land verlassen müssten, die unserer Volkswirtschaft durch ihre Arbeitskraft unschätzbare Dienste erweisen und damit auch wesentlich zur Erarbeitung unseres Volkseinkommens beitragen.

...und Gewerbe und Landwirtschaft

Das gleiche, was in Bezug auf Betriebe der öffentlichen Hand und der Industrie festzustellen ist, gilt in nicht minder deutlichem Ausmass auch für das Gewerbe und die Landwirtschaft. Es ist auch hier nicht abzusehen, wie die Betriebsinhaber den Ausfall ihrer ausländischen Angestellten auffangen sollten.

Einige Branchen und Regionen wären von einer Annahme der Initiative in besonderem Ausmass betroffen. Zum Beispiel für die ganze Fremdenverkehrsbranche – sie ist ausserordentlich stark auf Saisoniers angewiesen – und damit auch für die im Voll- oder Nebenerwerb beschäftigten Schweizer wären die Auswirkungen schlicht verheerend: mit einiger Sicherheit kann vorausgesagt werden, dass in unseren Bergkantonen zahlreiche Tourismusbetriebe schliessen müssten. Die Folgen liegen auf der Hand: auch die Berglandwirtschaft, die im Tourismus einen unverzichtbaren Nebenerwerb finden kann, würde massiv an Einkommen verlieren und in ihrer Existenz weiter bedroht.

Nicht besser wäre es um das Schicksal der Grenzkantone bestellt: Basel und Genf etwa müssten eine enorme Reduktion der Grenzgänger hinnehmen, was zu kaum lösbaren Problemen für diese Industrie- und Dienstleistungszentren führen würde.

Die Schweiz als internationaler Finanzplatz, als Sitz von internationalen Organisationen, als das Land der guten Dienste kann sich eine Annahme dieser Volksinitiative auch in Hinblick auf die gute Zusammenarbeit mit dem Ausland nicht leisten. Der menschen- und wirtschaftsfeindlichen Initiative der NA ist deshalb am 4. Dezember eine deutliche Abfuhr zu erteilen.

Jens Lundsgaard-Hansen

Die Schweiz im europäischen Offside

Zum bereits sechsten Mal versucht die Nationale Aktion für Volk und Heimat (NA) den Schweizer Stimmbürger davon zu überzeugen, dass unser schönes Schweizerland in seiner Grundexistenz gefährdet sei. Gefährdet durch Ummengen von hier lebenden Ausländern. Im Unterschied zu früher verlangt die NA nicht mehr klar und deutlich: "Ausländer raus!". Die klar negativen Resultate der früheren Ueberfremdungsinitiativen stecken wohl doch noch in den Knochen.

Diesmal verklausuliert

Diesmal soll die Zahl der Einwanderungen beschränkt werden. "Die Anzahl der jährlich zum Daueraufenthalt einreisenden Ausländer und die Anzahl der jährlichen Umwandlungen zeitlich befristeter Aufenthaltbewilligungen in Bewilligungen zum Daueraufenthalt dürfen zusammen die Anzahl der im Vorjahr ausgewanderten Ausländer mit Daueraufenthaltbewilligungen nicht übersteigen." Zusätzlich "darf die Anzahl der Grenzgänger 90'000 nicht übersteigen." Auch die Saisonafenthalter geraten unter die NA-Schere: "Die Anzahl der jährlichen Saisonarbeitsbewilligungen darf 100'000 nicht übersteigen."

"Ausländer raus!"

Also doch "Ausländer raus!". Ziemlich genau 100'000 Grenzgänger und Saisonniers würden ihren Arbeitsplatz in der Schweiz verlieren. Verlieren würde damit auch die Schweizer Wirtschaft. Wer die Arbeitslosenzahlen unseres Landes betrachtet, stellt fest, dass in der Schweiz praktisch Vollbeschäftigung herrscht. Im Gegenteil, viele Branchen klagen über Personalmangel, der Arbeitsmarkt ist ausgetrocknet, die Anzahl der offenen Stellen übersteigt die Anzahl der Arbeitslosen. Und dies, obwohl immer mehr Schweizer Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt drängen: Die Zahl der Hausfrauen, die nach der Schulentlassung der Kinder wieder ins Erwerbsleben einsteigen, hat sich in den letzten paar Jahren verfielfacht.

Tod der Schweizer Wirtschaft

Die NA bedroht mit ihrer Initiative die Schweizer Wirtschaft. Diese wird nämlich spätestens 1992 bei der Realisation des europäischen Marktes ohnehin kräftig rudern müssen, will sie einigermaßen mit den EG-Ländern mithalten und nicht ins - tödliche - Hintertreffen kommen. Um bei einem beliebten NA-Bild, dem vollen Boot nämlich, zu bleiben: Im Sturm wird jede Hand an Deck gebraucht.

Nicht im luftleeren Raum

Die Frage des 40-Tonnen-Korridors durch die Schweiz, den die EG für ihre Lastwagen seit längerem vehement und mit Androhung von Gegenmassnahmen fordert, zeigt, dass wir keine Insel im seichten Tropenmeer sind, palmenbestanden, von milden Wellen umsäuselt. Wir Schweizer befinden uns nicht allein auf dieser Welt, sind dem Druck des Auslandes als Kleinstaat vor allem in wirtschaftlichen Belangen brutal ausgeliefert. Und in diese schwierige Phase kommt die NA mit dem Allerweltsheilmittel "Ausländer raus".

Der Zweck heiligt die Mittel

Staatsverträge und Gesetze, welche dem Ansinnen der Initiative widersprechen, müssten bei einer Annahme auf den nächstmöglichen Termin gekündigt werden. Wohl kaum zur Freude eines Europas, das mit aller Kraft auf eine Ueberwindung nationaler Grenzen hinarbeitet. Wer unser Land mit solchen Ansinnen "beglücken" will, muss schon ziemlich verquer und realitätsfremd in der politischen Alltagswelt stehen. Aber zum Ueberleben einer Partei, die politisch ausser der Fremdarbeiterfrage nichts zu bieten hat, sind einigen "Politikern" offenbar alle Mittel recht.

Wer der Meinung ist, die Schweizer Wirtschaft brauche ihre ganze Kraft, wer der Meinung ist, die Schweiz als Land mit einem hohen moralischen Ansehen könne sich die von der NA geforderten Massnahmen im Rahmen ihrer humanitären Gesinnung nicht leisten, wer das Thema "Ausländer raus!" endgültig los sein möchte, muss am 4. Dezember zur 6. Ueberfremdungsinitiative deutlich Nein sagen. Je deutlicher die unsinnige NA-Initiative verworfen wird, desto grösser ist die Chance, nicht zu einem siebten Urnengang zum selben Thema antreten zu müssen. Denn wie gesagt, einigen Leuten sind alle Mittel recht...

Matthias Stadelmann